

Nach zwei Vereinbarungen, die zwischen FARC und Regierung über Ländliche Entwicklung und Politische Beteiligung geschlossen wurden, wird in Havanna über das dritte Kapitel, die Drogenwirtschaft, verhandelt. Wegen der Parlamentswahlen im März und der Präsidentschaftswahlen im Mai kommen die Verhandlungen zurzeit nur langsam voran. María del Rosario Arrázola und Natalia Herrera Durán mahnen in einem Kommentar in EL ESPECTADOR (26.04.2014) zur Eile:

Es eilt mit einer dritten Vereinbarung

Achtundzwanzig Tage vor den Präsidentschaftswahlen und sechs Monate nach Unterzeichnung des zweiten Abkommens im Friedensprozess, das sich auf die Teilnahme der FARC an der Politik bezieht, ist die Eilbedürftigkeit neuer Fortschritte am Verhandlungstisch zu einer Notwendigkeit geworden.

Das nicht allein, weil jene, die sich dem Friedensprozess in Havanna widersetzen –von denen einige sich im Wahlkampf befinden- das Schweigen ausnutzen, im trüben Fluss der Spekulationen zu fischen, sondern auch, weil jede positive Nachricht aus Havanna richtungweisend für die Entscheidung der Wähler sein kann.

Und doch ist das kein einfaches Thema. Aus der Sicht der Guerrilla, die die Wiederwahl des Präsidenten nicht unterstützen möchte und daher seine Chancen an den Wahlurnen nicht verbessern will, ist es jedoch im Grunde klar, dass die Wiederwahl von Santos die Kontinuität des Dialogs und die Bewahrung des derzeitigen Verhandlungsmodus bedeuten würde. Nach den Vorstellungen der Regierung ist es allerdings so, dass das Vorantreiben einer Lösung des Drogenproblems ein Element enthält, das außerhalb ihrer Entschlüsse liegt: Die Ablehnung der USA, ihre Forderungen nach Auslieferung fallen zu lassen.

Beide Seiten bewegen sich innerhalb ihrer eigenen Optionen, und aus ihren letzten Verlautbarungen deutet sich an, dass sie optimistisch sind, was die Abfassung einer dritten Vereinbarung angeht. Am vergangenen Freitag hat der FARC-Delegierte Jesús Santrich in einer überraschenden Erklärung hervorgehoben, dass die Fortschritte dabei schon weit gediehen seien und die Textentwürfe schon 20 Seiten füllten. Aber die Sprecher der Guerrilla kritisierten auch, dass die USA dabei blieben, einige ihrer Führer als Drogenhändler einzustufen.

Der Punkt ist, wie konsultierte Quellen bestätigen, dass die Fortschritte beim Thema der illegalen Drogen bereits so gesichert sind, dass die Möglichkeit besteht, die FARC könnte sich verpflichten, an der Beseitigung der Felder von Coca, Marihuana und Schlafmohn teilzunehmen. Das bedeutet offensichtlich, dass die FARC in einigen Regionen, in denen sie zurzeit präsent ist, zu bleiben beabsichtigt. Und das in einer Art und Weise, dass ihre Mitwirkung eine Form ihrer Reintegration ins Zivilleben darstellte, natürlich erst, nachdem ihre offenen Rechnungen mit der Übergangsjustiz beglichen sind.

Das ist eine Art von Idee, die sich trifft mit bestimmten Festlegungen in den Vereinbarungen über die Ländliche Entwicklung und über die Politische Teilhabe, und zwar in dem Sinne, dass ein besonderer Wahlbezirk in den vom Konflikt betroffenen Regionen geschaffen würde als Teil des „Territorialen Friedens“, der im Verhandlungsprozess eine Rolle spielt. Es besteht kein Zweifel, dass in einigen Zonen die Guerrilleros Mitglieder der bäuerlichen Gemeinschaften sind, wie auch der Berater des Hohen Kommissars für den Frieden Alejandro Reyes einräumt, und das könnte das Szenario vereinfachen.

Im Zusammenhang mit den Erwartungen bezüglich einer Vereinbarung über die illegalen Drogen taucht ein weiterer Aspekt auf, der in den nächsten Tagen entscheidend werden könnte bei der Absicherung des Friedensprozesses. Bekanntlich hat die Regierung Santos den Nationalen Friedensrat reaktiviert, dessen Koordinator Luis Eduardo Garzón (früherer Bürgermeister von Bogotá, Linksbündnis, A.d.Ü.) sein wird. Der wahrscheinliche Termin seiner Ernennung ist der 8. Mai. Aber dies ist nicht der einzige Mechanismus zur Unterstützung der Ziele der Regierung am Verhandlungstisch.

Wie EL ESPECTADOR herausfand, ist der Präsident bestrebt, außer dem Friedensrat sich der

Unterstützung durch einige „Helfer“ zu versichern, angesichts der Tatsache, dass die FARC sich bei der Suche nach einem Ausweg aus dem bewaffneten Konflikt ebenfalls wichtiger Verbündeter bedient. In diesem Zusammenhang ist nicht auszuschließen, dass die frühere Senatorin Piedad Córdoba oder die Präsidentschaftskandidatin Clara López eine wirkungsvolle Rolle am Verhandlungstisch spielen könnten. Nicht lediglich als Vermittlerinnen, sondern als Sprechinnen für den Frieden aus der Zivilgesellschaft.

Es ist auch klar, dass, falls man eine Einigung über eine Lösung des Drogenproblems erzielen sollte, danach eine entscheidende Diskussion über die Opfer der Gewalt folgen muss. Deshalb werden die Genannten in Havanna anwesend sein und in Übereinstimmung mit kürzlichen Verlautbarungen der FARC in Kuba ist die Guerrilla bereit, sich dieser Diskussion zu stellen. Natürlich wird dieser entscheidende Moment erst nach der Wahl kommen. Aber seine Konkretisierung wird fundamental sein, um weiter Vertrauen in den Prozess zu haben.

In der Summe wissen die Delegierten der Regierung und der FARC in Havanna, dass die derzeitige Verhandlungsrunde von weitreichender Bedeutung ist. Unter anderem deswegen, weil die Gegner des Friedensprozesses ihre Kritik nicht einstellen werden. Einen Beweis dafür an die Adresse der Regierung lieferte diese Woche General a.D. Jorge Enrique Mora, der erklärte, das Thema der Streitkräfte stehe in Havanna nicht zur Diskussion. Von der Vereinbarung über den Agrarsektor bis zu dem über die Politische Teilhabe vergingen sechs Monate. Nun sind weiter sechs Monate vergangen und das Land verlangt weitere Neuigkeiten.

Eine ungewöhnliche Präambel erschien diese Woche zu Beginn der 24. Verhandlungsrunde angesichts des wachsenden unverblühten politischen Widerstandes gegenüber der Regierung Santos. General a.D. Mora, der den Friedensprozess verteidigen wollte, erklärte emphatisch, die Opposition könne sicher und beruhigt sein, weil das Thema der Staatsgewalt weder Teil der Verhandlungen gewesen sei, noch in Zukunft sein werde. Mora unterstrich, dass die Mission der Soldaten und Polizisten außerhalb der Diskussion stehe und auch nicht Teil von Vereinbarungen werde. Die Staatsmacht habe keinerlei gegenteilige Instruktionen erhalten und erfülle ihre verfassungsmäßigen Aufgaben. Mora verließ den Verhandlungstisch und sein Auszug erklärt sich, neben anderen Gründen, aus dem letzten Schachzug des Präsidentschaftskandidaten des Demokratischen Zentrums Oscar Iván Zuluaga, der sich am 21. April mit Mitgliedern der Kolumbianischen Vereinigung pensionierter Offiziere traf und bei diesem Treffen den Friedensprozess in Havanna kritisierte.